

LeitA1 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 11.10.2023

Tagesordnungspunkt: 3. Leitantrag „Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit“

Status: Modifiziert

Antragstext

- 1 Die Vorgänger-Bundesregierungen haben mit ihrer Politik von vorgestern jahrelang
- 2 auf fossiles Öl, Kohle und Gas gesetzt, sich in Abhängigkeiten begeben und den
- 3 Ausbau der sauberen Energie und der Netze ausgebremst. Viele hunderttausend
- 4 Arbeitsplätze etwa in der Wind- und Solarbranche wurden dadurch vernichtet.
- 5 Gleichzeitig verschlimmern die fossile Energiekrise und die Inflation, die
- 6 Putins verbrecherischer Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöst hat, die
- 7 Armutslage weiter. Den Preis für diese kurzsichtige Energiepolitik mussten und
- 8 müssen die Bürger*innen zahlen. Im letzten Jahr stiegen die Preise für Strom,
- 9 Heizen und Lebensmittel im Rekordtempo. Viele Millionen Menschen wussten und
- 10 wissen nicht, ob und wie sie ihre Heizkosten bezahlen sollen. Von Armut
- 11 betroffene Menschen und insbesondere Alleinerziehende und deren Kinder treffen
- 12 die Preissteigerungen besonders hart. Verunsicherungen und Angst vor immer
- 13 weiteren Preissteigerungen sind die Folge.
- 14 Nun haben wir Grünen den Schalter umgelegt: Die Bundes- und Landesregierung hat
- 15 im Rekordtempo mit umfangreichen Hilfsprogrammen die Menschen vor steigenden
- 16 Energiepreisen bewahrt und die von Putins Gazprom aufgekauften und geleerten
- 17 Gasspeicher im Rekordtempo wieder aufgefüllt. Damit Energie auch in Zukunft
- 18 gesichert ist und wieder bezahlbar wird, investieren wir massiv in den Ausbau
- 19 der Energie aus Wind, Sonne und Erdwärme. Zugleich schaffen wir den politischen
- 20 Rahmen, damit sich möglichst viele aktiv an dem Umstieg auf saubere und sichere
- 21 Energie beteiligen und davon profitieren können. Wir wollen Niedersachsen zum
- 22 Land der GRÜNEN Industrien und guten Arbeitsplätze mit klimaneutralem Stahl,
- 23 Wärmepumpen, Elektromobilität, Speichern, Wasserstoff, Wind- und Solarenergie
- 24 machen. Niedersachsen wird zum Energiewende- und Transformationsland Nr. 1 in
- 25 Deutschland.
- 26 Wir wollen Strom und Heizen für alle Menschen bezahl- und planbar machen. Im
- 27 Bund haben wir mit dem Wind-an-Land-Gesetz, der Novelle des Erneuerbaren-
- 28 Energien-Gesetzes (EEG), den Solar- und Windpaketen und zahlreichen weiteren
- 29 Vorgaben und Fördermaßnahmen dafür gesorgt, dass der Ausbau der Energie aus
- 30 Sonne, Wind und Erdwärme endlich wieder Fahrt aufnimmt. Seit Herbst letzten
- 31 Jahres gehen wir diesen Weg auch in Niedersachsen sehr konsequent: Wir werden
- 32 die Windkraftfläche bis 2026 mehr als verdoppeln, die Solarenergie auf Dächern,
- 33 über Parkplätzen aber auch auf der Freifläche massiv ausbauen und wir sorgen
- 34 dafür, dass Niedersachsen zur Drehscheibe für grünen Wasserstoff wird.
- 35 Wir wollen, dass die Menschen nicht nur als Konsument*innen von günstigen
- 36 Energiepreisen der Energiewende profitieren, sondern sich auch als
- 37 Produzent*innen selbst beteiligen können. So soll ein Beteiligungsgesetz
- 38 Investor*innen verpflichten, den Bürger*innen und den Kommunen anzubieten, sich
- 39 an Windpark- und Freiflächen-PV-Projekten zu beteiligen. Mit der Task Force

40 Energiewende beschleunigen und erleichtern wir die Genehmigungen von
41 Erneuerbaren Energien für die Bürgerinnen und Bürger. Dank grüner
42 Regierungsbeteiligung im Bund und Land werden Balkonkraftwerke, Mieterstrom und
43 Bürgerenergien endlich besser unterstützt.
44 Außerdem werden wir im Land gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass die
45 Wärmewende vor Ort umgesetzt wird. Die verlässliche Grundlage dazu bildet das
46 Gebäudeenergiegesetz. Es sorgt dafür, dass alle, die ein Haus oder eine Wohnung
47 besitzen, beim nächsten Heizungstausch in zukunftsfähige Anlagentechnik
48 investieren und diese auch bezahlen können. Damit können wir das Ziel der
49 Klimaneutralität bereits im Jahr 2040 erreichen und sorgen dafür, dass
50 Niedersachsen zum Nachhaltigkeitspionier des Klimaschutzes wird.

51 Auf die Kommunen kommt es an
52 Wir GRÜNEN setzen die Energiewende vernetzt um – zum Wohle der Menschen und der
53 Wirtschaft zwischen Harz und Heide. Die Weichen für eine klimaneutrale und
54 bezahlbare Energieversorgung der Zukunft stellen zwar der Bund und das Land,
55 aber das Umsetzen geschieht in den Kommunen. Den Umfang historisch zu nennen, in
56 dem unsere Städte, Gemeinden und Landkreise für das Gelingen der Energiewende
57 und damit für eine der zentralen Aufgaben der Gegenwart Verantwortung tragen,
58 ist wahrlich keine Übertreibung: Sie sind es, die die Standorte abgrenzen und
59 ausweisen müssen, um die Windkraftfläche in Niedersachsen wie geplant zu
60 verdoppeln. Die Kommunen müssen die Gebiete für den Bau von Freiflächen-PV
61 ausweisen und die Bürger*innen am Ausbau der Erneuerbaren beteiligen – um für
62 die nötige Akzeptanz zu sorgen und regionale Wertschöpfung zu steigern. Die
63 größte kommunale Aufgabe besteht jedoch darin, die Wärmewende voranzutreiben.
64 Dabei ist die kommunale Wärmeplanung nur der erste Schritt: Es müssen Nah- und
65 Fernwärmenetze geplant, gebaut und mit erneuerbaren Energien betrieben und der
66 Ausstieg aus dem Gasnetz geplant werden. Um die kommunale Ebene bei dieser
67 riesigen Aufgabe bestmöglich zu unterstützen, starten wir GRÜNE heute die Aktion
68 „Energiewende vor Ort gestalten“. Unser Ziel ist es, eine Plattform zu schaffen
69 für den Erfahrungsaustausch und schnellen Wissenstransfer zwischen dem Bund, dem
70 Land und den Kommunen.

71 Die Energiewende stärkt unsere Demokratie
72 Funktionierende Demokratien brauchen eine stabile und sichere Energieversorgung.
73 Deswegen strebt die niedersächsische grüne Energiewende nicht nur Energie-
74 Sicherheit und Energie-Unabhängigkeit an, sondern auch eine bezahlbare,
75 nachhaltige und vor allem eine demokratische Energieversorgung. Demokratische
76 Energieversorgung bedeutet eine allen zugängliche, für alle bezahlbare und
77 sichere Versorgung mit Energie. Eine zweite Ebene der demokratischen
78 Energieversorgung – die uns besonders wichtig ist – meint jedoch noch etwas
79 anderes: Bei der Umsetzung der Energiewende sind alle gesellschaftlichen Akteure
80 und insbesondere die Menschen vor Ort gefragt, sich einzubringen. Es geht dabei
81 um die Möglichkeit, sich individuell zu beteiligen, etwa bei Abstimmungen über
82 einen Standort für Windenergieanlagen in der Gemeinde oder durch das direkte
83 Beteiligen an einer Anlage, die Energie erzeugt. Wo früher wenige
84 Energieversorger*innen, die Bürger*innen, das Gewerbe und die Industrie mit
85 Strom und Wärme versorgt haben, sind heute verschiedene Akteur*innen aktiv:
86 Unternehmen, aber vor allem auch Privatpersonen, die mit Bürgersolaranlagen oder
87 einer eigenen PV-Anlage auf ihrem Wohnhaus aktiv selber Energie erzeugen und
88 damit die Energiewende mitgestalten.
89 Obwohl wir über innovative technologische Lösungen verfügen, braucht es für eine

90 vollständige gelungene Transformation eine breite Akzeptanz und die Möglichkeit,
91 mitzuwirken. Es geht vor Ort vor allem um Fragen des Standorts, ob die
92 Windanlage im Wald oder auf dem Feld neben dem eigenen Hause stehen soll, welche
93 Größe vertretbar ist Anwohner*innen sollen sich mit ihren Sorgen gehört und
94 ernst genommen fühlen. Wir setzen uns für transparente und frühzeitige
95 Bürger*innenbeteiligungen ein. Für Konfliktfälle wollen wir eine Ombudsstelle
96 ins Leben rufen, die zwischen Anwohnern*innen, Umweltverbänden und den
97 Vorhabenträger*innen vermittelt.

98 Die innovativen technologischen Fortschritte, die Veränderungen auf den
99 Energiemärkten und vor allem der Klimawandel führen dazu, dass mehr Bürger*innen
100 sich an der Energiewende beteiligen wollen. Das zeigt: die sozialen Aspekte der
101 grünen Transformation sind zugleich zutiefst politisch. Deswegen setzen wir uns
102 in Niedersachsen für eine starke Demokratisierung der Energieversorgung und
103 stärken Bürgerenergiegenossenschaften und kommunale Stadtwerke .

104 Die Energiewende sichert unseren Wohlstand

105 In der aktuellen Phase wirtschaftlicher Schwäche erleben wir die Folgen einer
106 ausgebliebenen Modernisierung unseres Wirtschaftsmodells. Statt in
107 ressourcenschonende Zukunftstechnologien zu investieren, haben vergangene
108 Regierungen zu lange auf alte Geschäftsmodelle gesetzt, die wesentlich auf
109 fossilen Rohstoffen beruhten, insbesondere auf Erdöl und Erdgas. Seit dem Beginn
110 des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sehen wir uns deshalb zunehmend
111 einem zuvor kaum vorstellbaren wirtschaftlichen Anpassungsdruck ausgesetzt. Den
112 Preis dafür zahlen gerade insbesondere energieintensive Industrien, aber auch
113 die Automobilindustrie, die zu lange die Augen vor dem absehbaren Siegeszug der
114 Elektromobilität verschlossen hat und nun droht, den Anschluss zu verlieren.
115 Um unsere Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft zu erhalten und damit Wohlstand und
116 Arbeitsplätze zu sichern, müssen wir deshalb 1. die begonnene wirtschaftliche
117 Modernisierung entschieden weiter vorantreiben, 2. Unternehmen Brücken in der
118 Transformation bauen, um den Verlust wirtschaftlicher Strukturen zu vermeiden
119 und 3. betroffenen Arbeitnehmer*innen in der Phase der Unsicherheit eine klare
120 Perspektive bieten.

121 Den Menschen Sicherheit geben – die Transformation aktiv unterstützen

122 Klimaschutz ist ein Konjunkturprogramm insbesondere für unsere mittelständische
123 Wirtschaft, die Industrie und das Handwerk: Windkraft- und Solaranlagen müssen
124 produziert, errichtet, gewartet und gemanaget, Fernwärme- und Stromnetze müssen
125 ausgebaut und betrieben werden. Ohne eine starke Wirtschaft mit gut
126 ausgebildeten Mitarbeiter*innen wird das nicht gelingen. Daher hat das Land eine
127 Fachkräfteinitiative gerade für die grünen Berufe gestartet. Wer früher noch Öl-
128 und Gas-Heizungen einbaute, wird jetzt auf Wärmepumpen umgeschult. Wer bislang
129 Dieselmotoren produziert hat, produziert in Zukunft Windräder und Solarmodule.
130 Insgesamt bieten die Energiewende und Transformation viele neue
131 Beschäftigungsmöglichkeiten in Zukunftsbranchen, die auch Exportmärkte
132 erschließen. Das bedeutet: Beschäftigte werden sich aufgrund des
133 Transformationsprozesses im Laufe ihres Erwerbslebens umstellen müssen. Damit
134 das möglich ist, brauchen Beschäftigte eine ausreichende Weiterbildungszeit, in
135 der sie bemessen an ihrem bisherigen Einkommen finanziell abgesichert sind.
136 Deshalb unterstützen wir die Pläne der Ampelkoalition im Bund zur Einführung
137 einer einjährigen Weiterbildungszeit. Zudem macht der kontinuierliche Wandel der
138 Arbeitswelt eine kontinuierliche Folgenabschätzung unabdingbar. Deshalb werden
139 wir gemeinsam mit den Sozialpartner*innen sowohl landesweit wie auch regional

140 Transformationsbeiräte einrichten, die die Entwicklung ständig im Blick haben
141 und gemeinsam mit den Betroffenen geeignete Formate für Weiterbildungs- und
142 Unterstützungsmaßnahmen entwickeln.

143 Unserer Wirtschaft eine Brücke bauen

144 Der Grundsatz „Industrie folgt Energie“ gilt immer noch und deshalb hat die
145 niedersächsische Landesregierung bereits sehr früh das Modell eines Brücken-
146 oder Transformationsstrompreises entwickelt. Dieser soll Betrieben, die sich auf
147 den Weg der Klimaneutralität begeben oder Zukunftsbranchen wie der Solar- oder
148 Batterieproduktion die Wettbewerbsfähigkeit sichern, bis der Ausbau der
149 Erneuerbaren weiter fortgeschritten ist und die Preise wieder sinken. Dieses
150 Modell wird inzwischen grundsätzlich auch von Gewerkschaften wie
151 Arbeitgeberverbänden gefordert. Der möglichst rasche Ausbau der sauberen
152 Energien ist für den Erfolg des Transformationsstrompreises entscheidend. In den
153 Genuss von den Steuerzahler*innen vorübergehend subventionierter Energie dürfen
154 konsequent nur solche Industriebetriebe kommen, die aktiv zur Transformation hin
155 zu einem nachhaltigen Wirtschaften beitragen. Dazu zählt zum Beispiel das
156 Bereitstellen von kostengünstiger erneuerbarer Energie oder das Investieren in
157 energiesparende Produktionsverfahren. Damit die niedersächsischen
158 energieintensiven Industrien wie Salzgitter-Stahl oder VW zukunfts- und
159 wettbewerbsfähig bleiben und zugleich ihren Umbau hin zu einer klimaneutralen
160 Produktion vorantreiben können, brauchen sie endlich Planungssicherheit – die
161 der Industriestrompreis bietet. Er darf jedoch kein Freibrief dafür sein, sich
162 zurückzulehnen und den Status Quo beizubehalten. Er muss entsprechend zeitlich
163 begrenzt sein. Eine Brücke ins Nirgendwo lehnen wir ab.

164 Die Energiewende in Europa - eine Chance für Niedersachsen

165 Energie entwickelt sich mehr und mehr zu einem entscheidenden Standortfaktor.
166 Vor allem die Industrie braucht Strom und Wärme, die kostengünstig und
167 verlässlich verfügbar sind. Außerdem benötigt sie Ausgangsstoffe für viele
168 industrielle Prozesse wie Wasserstoff oder Ammoniak, die in Zukunft mit grünem
169 Strom hergestellt werden. Hierin liegen große Chancen für Niedersachsen. Wir
170 begrüßen die Vorhaben großer Niedersächsischer Unternehmen wie Volkswagen oder
171 der Salzgitter AG, sich neue, nachhaltige Geschäftsmodelle zu erschließen und
172 wollen auch andere Unternehmen auf diesem Weg unterstützen. Deshalb ist es
173 wichtig, dass die neue Landesregierung, die Finanzierung für solche Vorhaben
174 verbessern und die NBank zu einer echten Investitionsbank weiterentwickeln will.
175 In Niedersachsen vereinen sich große Potenziale zum Erzeugen und Speichern von
176 Energie aus Sonne und Windkraft. Darüber hinaus verfügt Niedersachsen über
177 leistungsfähige Häfen, die wir zur europäischen Drehscheibe ausbauen wollen: für
178 das Importieren regenerativ erzeugter Energie und als Basis für den Ausbau der
179 Offshore Windenergie. Der „Initiative European Hydrogen Backbone“ zufolge spielt
180 Niedersachsen zudem als wichtiger Verbindungsknoten der europäischen
181 Wasserstoff-Transportinfrastruktur eine strategische Rolle. Allerbeste
182 Standortbedingungen also.
183 Wir unterstützen deshalb nach Kräften die Pläne, Wilhelmshaven zum Zentrum des
184 Imports und zu einem Hotspot der Produktion von grünem Wasserstoff zu
185 entwickeln. Denn in Wilhelmshaven haben wir mit dem einzigen deutschen
186 Tiefwasserhafen, den nahen, auf Wasserstoff umrüstbaren Kavernenspeichern in
187 Etzel und in der Krummhörn, sowie mit der im Genehmigungsverfahren befindlichen
188 Anbindung an die Offshore-Windkraftwerke die allerbesten Voraussetzungen. Wir
189 unterstützen die Entwicklung Cuxhavens zum bedeutendsten Basishafen und Emdens

190 als wichtigen Servicehafen für den Ausbau der Offshore-Windenergie in der
191 deutschen Nordsee. Damit unsere heimische Wirtschaft vom schnellen Ausbau der
192 Erneuerbaren profitiert, wollen wir Unternehmen den Zugang zu günstigem,
193 regional erzeugten erneuerbaren Strom, erleichtern. Daher setzen wir uns für
194 Vereinfachungen bei Direktlieferverträgen (PPA) insbesondere im Hinblick auf
195 hohe Durchleitungsgebühren Netzentgelte ein. Auch das Handwerk, das mit seinen
196 kleinen und mittelständischen Betrieben Rückgrat unserer Wirtschaft ist, ist bei
197 der Umsetzung der Energiewende sehr zentral. Wir GRÜNEN stehen dafür,
198 Niedersachsens günstige Standortbedingungen zu nutzen. Um die Energiewende und
199 den Transformationsprozess unserer Wirtschaft zu beschleunigen, hat unser
200 Umweltminister Christian Meyer eine Task-Force Energiewende gegründet, in der
201 die Expert*innen der verschiedenen Ministerien und wesentliche gesellschaftliche
202 Akteur*innen zusammenarbeiten.

203 Klimaziele erreichen – Bauen und sparen
204 Die energiebedingten CO₂-Emissionen haben in Niedersachsen im Jahr 2022 einen
205 neuen Tiefstand erreicht. Zwischen 1990 und 2022 sind diese von 76,8 Millionen
206 Tonnen Kohlenstoffdioxid um fast 28 Prozent auf 55,4 Millionen Tonnen gesunken.
207 Für unser Ziel der Reduzierung um 75 Prozent bis 2030 müssen wir unsere
208 Anstrengungen aber deutlich erhöhen. Nur der massive Ausbau der erneuerbaren
209 Energien und vermehrte Anstrengungen zur Energieeffizienz und Energiesparen
210 machen die Klimaziele erreichbar.

211 Wir verdoppeln die Windkraftfläche

212 Wir GRÜNE zeigen, wie die Energiewende unsere Wirtschaft und unsere Demokratie
213 stärkt. Mit uns Grünen bleibt Niedersachsen Windland Nr. 1. Wir werden die mit
214 Windkraftanlagen bebaubare Fläche in Niedersachsen bis 2026 mindestens
215 verdoppeln. Dafür bekommt jeder Träger der Regionalplanung – also Landkreise,
216 kreisfreie Städte, die Region Hannover und der Großraum Braunschweig – vom Land
217 eine konkrete Flächenvorgabe, welchen Anteil der öffentlichen Flächen für die
218 Nutzung von Windenergie mindestens bereitzustellen sind. Gleichzeitig achten wir
219 darauf, dass niemand überfordert wird. Es wird trotz der ambitionierten Vorgaben
220 überall Spielräume geben für eigene, regionalspezifische Standortkriterien für
221 den Ausbau der Windenergie. Um die Menschen vor Ort bestmöglich am
222 Windkraftausbau zu beteiligen, treten wir dafür ein, die Bürger*innen intensiv
223 bei den Standortentscheidungen vor Ort einzubeziehen. Und auch in Niedersachsen
224 läuft der Windturbo bei Bau und Genehmigungen. In diesem Jahr wurden bis August
225 2022 in Niedersachsen bereits 88 Windkraftanlagen neu ans Netz genommen und 130
226 weitere genehmigt.
227 Im Bund haben wir GRÜNEN mit klaren Regeln dafür gesorgt, dass
228 Genehmigungsverfahren für neue Windparks beschleunigt werden. Im Land und in den
229 Kommunen treten wir dafür ein, dass diese rechtlichen Möglichkeiten auch genutzt
230 werden: Kein Genehmigungsverfahren zum Bau neuer oder zum Repowering bestehender
231 Windparks darf länger als zwei Jahre dauern. Wir wollen die regionalen
232 Genehmigungsbehörden aktiv unterstützen die Verfahren zu beschleunigen. Hierfür
233 haben wir eine Servicestelle Erneuerbare Energie geschaffen, die auch die
234 Kommunen bei Genehmigungsfragen berät. Aktuell erleben wir zudem, dass
235 Neubauprojekte deshalb stocken, weil Schwertransportgenehmigungen der
236 zuständigen Bundesbehörde monatelang auf sich warten lassen. Wir fordern daher,
237 die Genehmigungszeiträume für Schwertransporte innerhalb von maximal vier Wochen
238 zu erteilen. Bisher werden Regionen, die ihrer Verantwortung für den Ausbau der
239 Windenergie in besonderer Weise gerecht werden, dafür mit höheren Netzentgelten

240 „bestraft“. Wir GRÜNEN treten deshalb im Bund und im Land dafür ein, Regionen,
241 die die Windkraft stark ausbauen, mit einer Senkung bei den Netzentgelten zu
242 belohnen.

243 Wir zünden den Solar-Turbo

244 Im Bund hat Robert Habeck dafür gesorgt, die Einspeisevergütung für Dach-
245 Photovoltaik-Anlagen auf ein Niveau anzuheben, das Anreize für die Investition
246 bietet. Gleichzeitig sind bürokratische und steuerliche Hürden beim Ausbau der
247 Photovoltaik (PV) endlich abgeräumt. Die Erleichterungen gelten nicht zuletzt
248 für sogenannte Balkonanlagen, die es auch Mieter*innen ermöglichen, selbst
249 kostengünstig Strom zu erzeugen. Zudem sind Balkonkraftwerke auch für
250 Immobilieneigentümer*innen oft der Auslöser für die Investition in eine PV-
251 Anlage auf dem eigenen Dach. Auf Bundesebene haben wir GRÜNEN zudem dafür
252 gesorgt, dass Freiflächen-PV-Anlagen entlang von Autobahnen und mindestens
253 zweigleisigen Schienenwegen als baurechtlich privilegierte Anlagen mit
254 vereinfachten Genehmigungsverfahren gebaut werden. In Niedersachsen werden wir
255 mit einer Novelle des niedersächsischen Klimagesetzes den Bau von PV-Anlagen auf
256 Neubauten, bei Dachsanierungen und über Parkplätzen ab 25 Stellplätzen
257 verpflichtend machen. Damit haben wir bundesweit dafür gesorgt, dass im laufenden
258 Jahr bis zum 1. Oktober PV-Anlagen mit einer installierten Leistung von mehr als
259 neun Gigawatt neu gebaut wurden. Das bisherige Rekordjahr des PV-Ausbaus 2011 mit
260 7,5 Gigawatt wird somit in diesem Jahr weit übertroffen werden. Um künftig noch
261 schneller noch mehr klimaneutralen Solarstrom zu produzieren, setzen wir uns für
262 einen Abbau rechtlicher Hürden beim bidirektionalen Laden von E-Autos, für eine
263 Gleichstellen von PV-Anlagen mit Eigenversorgung mit reinen Einspeiseanlagen und
264 für eine Abschaffung des 70%-Deckels bei der Einspeisung aus Bestandsanlagen
265 ein. Die Netzbetreiber wollen wir verpflichten, den Netzanschluss spätestens
266 einen Monat nach Anmeldung der Anlage sicherzustellen.

267 Energiewende in Bürger*innenhand

268 Die Energiewende vor Ort gehört auch in die Hand der Bürger*innen. Deshalb
269 werden wir mit einem Landesgesetz die Beteiligung der Bürger*innen und/oder der
270 Kommunen bei allen neuen Windparks und Freiflächen-PV-Anlagen verpflichtend
271 machen. Auch in unseren Städten und Gemeinden sind es Grüne Rats- und
272 Kreistagsmitglieder, die sich dafür stark machen, Energiegenossenschaften zu
273 gründen und die Kommunen oder kommunalen Unternehmen an Windkraft- und PV-
274 Projekten zu beteiligen. Damit schaffen wir Akzeptanz für die Energiewende,
275 stärken den ländlichen Raum und erhöhen die Wertschöpfung vor Ort.

276 Sparen – die wichtigste Ressource

277 Die wichtigste Ressource für den Klimaschutz ist das Energiesparen. Deshalb hat
278 der Deutsche Bundestag auf Initiative von Robert Habeck am 21. September 2023
279 das Energieeffizienzgesetz beschlossen, mit dem erst mal ein klares Einsparziel
280 von jährlich 500 Terrawattstunden bis 2030 festgeschrieben wird. Mit diesem
281 Gesetz werden auch Länder und Kommunen zu konkreten jährlichen
282 Energieeinsparungen verpflichtet. Das werden wir mit einem Energie- und
283 Umweltmanagementsystem für landeseigene Gebäude umsetzen. Alle Kommunen sind
284 aufgrund des Niedersächsischen Klimagesetzes verpflichtet, erstmals für das Jahr
285 2022 den Energieverbrauch ihrer Gebäude zu ermitteln und in einem Energiebericht
286 darzustellen. Wir werden die Energieberichte nutzen, um konkrete Einsparziele zu
287 setzen, denn die Erfahrung lehrt, dass vor allem in öffentlichen Gebäuden
288 relativ leicht 20 Prozent des Energieeinsatzes durch Gebäudemanagement und
289 gering investive Maßnahmen eingespart werden können.

290 Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe

291 Mit dem neuen rot-grünen Klimaschutzgesetz machen wir Klimaschutz zur
292 Pflichtaufgabe, nicht nur bei Erstellung von Wärmeplänen, sondern auch bei der
293 Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Dazu erhöht das Land im Rahmen der
294 Konnexität dauerhaft die Unterstützung der Landkreise und kreisfreien Städte.
295 Auch für die Unterstützung kleinerer Kommunen bei Klimaschutzfördermaßnahmen
296 gibt es ab 2024 erstmals finanzielle Zuschüsse, damit die Kommunen mehr in
297 Klimaschutz und Energieeinsparung investieren.

298 Wir setzen die Wärmewende vor Ort um

299 Am 8. September 2023 haben wir GRÜNEN in Regierungsverantwortung im Bund dafür
300 gesorgt, dass mit der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) die
301 entscheidenden Weichen für eine klimaneutrale Wärmeversorgung gestellt werden.
302 Damit gehen wir die Mammutaufgabe endlich an, den Wärmesektor klimaneutral
303 umzugestalten. Das ist vor allem auch deshalb dringend nötig, weil er deutlich
304 mehr als die Hälfte unseres Energieverbrauchs ausmacht, von dem weniger als 20
305 Prozent aus regenerativen Quellen gedeckt wird. Mit einer sozial gestaffelten
306 staatlichen Förderung von bis zu 70 Prozent der Umbaukosten sorgen wir dafür,
307 dass Hauseigentümer*innen beim Umbau ihrer Heizungsanlage massiv unterstützt
308 werden. Großzüge Übergangsfristen für Bestandsgebäude und das Koppeln an die
309 kommunale Wärmeplanung schaffen frühzeitig Planungssicherheit für die
310 Bürger*innen auch für den Fall, dass die eigene Heizung unreparierbar defekt
311 ist. Mit einer kostenlosen verpflichtenden Energieberatung im Falle des Kaufs
312 oder der Renovierung eines Ein- oder Zweifamilienhauses sorgen wir auch
313 innerhalb der Übergangsfristen dafür, dass Eigentümer*innen bei
314 Investitionsentscheidungen nicht in eine Kostenfalle steigender Gaspreise
315 geraten. Denn da sich künftig die Kosten für das Gasverteilernetz auf immer
316 weniger Haushalte verteilen, die noch mit Erdgas heizen, werden die
317 Energiekosten entsprechend steigen. Grundlage dafür ist das Zusammenspiel von
318 sinkender Gasnachfrage, gleichzeitig steigenden CO₂-Preisen und den wachsenden
319 Kosten für das Gasverteilernetz.

320 Mit ökonomischer und ökologischer Vernunft

321 Das GEG gibt das Ziel vor, beim Heizen mindestens 65 Prozent aus erneuerbarer
322 Energie zu nutzen. Als Ergebnis eines langen Diskussionsprozesses lässt das GEG
323 offen, wie dieses Ziel erreicht wird. Wir setzen vor allem auf die mit
324 erneuerbaren Energien betriebene Wärmepumpe und intelligente Ab- und
325 Fernwärmekonzepte. Andere Alternativen wie Holzheizungen, Biomethan oder auch
326 der Einsatz von grünem Wasserstoff mögen in besonderen Einzelfällen zum Einsatz
327 kommen. Gleichwohl sind alle diese Alternativen knapp und mindestens auf die
328 Dauer sehr teuer. Deshalb werden wir GRÜNE im Bund, im Land und vor allem in den
329 Kommunen dafür sorgen, dass Holz, Methan und Wasserstoff nur dort zu
330 Heizungszwecken eingesetzt werden, wo es dazu keine sinnvolle Alternative gibt.
331 Holz ist knapp und deshalb werden schon heute angeblich klimaneutrale
332 Holzpellets aus gesunden rumänischen Urwaldbäumen produziert. Auch den Umstieg
333 von Kohlekraftwerken auf Holzwerkwerke aus Importholz wie in Wilhelmshaven
334 lehnen wir weiter ab. Der Biodiversität, aber auch dem Klimaschutz wird damit
335 ein Bärendienst erwiesen. Deshalb treten wir dafür ein, Holz als Brennstoff nur
336 in dem Umfang einzusetzen, in dem es in heimischen Wäldern als Rest- und
337 Schadholz dauerhaft anfällt. Maßgeblich sind dabei unsere Ziele für einen
338 naturnahen Umbau unserer Wälder. Auch das Produzieren von Biomethan ist nur
339 begrenzt möglich. Grund sind die zur Verfügung stehenden begrenzten Flächen, auf

340 denen eine nachhaltige Landwirtschaft sowohl die Ernährung sichern soll als auch
341 für eine arten- und abwechslungsreiche Kulturlandschaft sowie für den Ausbau der
342 erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen. Statt Biomethan zum Heizen zu
343 verbrennen, kann es zudem viel effizienter als Treibstoff eingesetzt werden,
344 etwa im Schwerlasttransport oder in der Landwirtschaft, wo Verkehrsträger bisher
345 kaum oder nur schwer elektrifizierbar sind. Gleiches gilt für grünen, aus
346 sauberen Energien hergestellten Wasserstoff. Wasserstoff ist der Champagner der
347 Energiewende: aufwändig in der Produktion und teuer. Dennoch brauchen wir ihn
348 dringend, um industrielle Prozesse in der Stahl-, Chemie- oder Zementindustrie
349 zu dekarbonisieren. Um Wasserstoff – von Ausnahmen abgesehen – zum Erzeugen von
350 Wärme einzusetzen, ist er zu knapp und zu teuer. Deshalb ist es ein Trugbild,
351 wenn leider inzwischen auch Energieversorger behaupten, man könne Erdgas in den
352 bestehenden Leitungen einfach nur durch Biomethan oder Wasserstoff ersetzen. Dem
353 treten wir entschieden entgegen.

354 Der Treiber für smarte, resiliente und digitalisierte Energiesysteme sind die
355 Daten. Die Kommunen haben Zugang zum Datenschatz, der das Grundgerüst für die
356 grüne Transformation ist. Die Herausforderung liegt darin, die Privatsphäre und
357 Selbstbestimmung der „Prosumers“ – also der Verbraucher*innen, die Energie
358 sowohl verbrauchen als auch selber herstellen – zu achten und zugleich klare
359 Regeln zu schaffen, um einen fairen Wettbewerb für alle zu ermöglichen.

360 Wärmeinfrastruktur als Teil der Daseinsvorsorge

361 Trotz massiver staatlicher Förderung ist und bleibt der klimaneutrale Umbau der
362 Wärmeversorgung vor allem für private Eigentümer*innen von Häusern und Wohnungen
363 eine erhebliche Investition. Diese Investition zu stemmen, wird vor allem für
364 viele ältere Menschen ein Problem werden, deren Häuser und Wohnungen nicht den
365 neueren energetischen Standards entsprechen. Sie werden vielfach Mühe haben,
366 dafür bei ihrer Bank noch einen Kredit zu bekommen – obwohl sich die Investition
367 durch Heizkostensparnisse wirtschaftlich rentiert. Wir brauchen zudem neben
368 der Stärkung des sozialen Wohnungsbaus auch eine soziale Wärmewende, die gezielt
369 einkommensschwache Haushalte beim Klimaschutz unterstützt.

370 Wir GRÜNE treten dafür ein, überall dort, wo eine zentrale Wärmeversorgung in
371 Form von Fern- oder Nahwärme oder mit dezentralen Quartierslösungen technisch
372 und wirtschaftlich möglich ist, diese auch zu realisieren. Für uns ist die
373 Wärmeinfrastruktur – soweit realisierbar – Teil der öffentlichen
374 Daseinsvorsorge, für deren Bereitstellung die Kommunen in der Verantwortung
375 stehen.

376 Wärmeversorgung in kommunaler Hand

377 Die zentrale Wärmeversorgung in Form von Fern- oder Nahwärme gehört in die Hand
378 der Kommunen, die diese selbst oder über ein kommunales Unternehmen aufbauen und
379 betreiben. Seinen Strom- und Gasversorger kann man leicht wechseln, den
380 Wärmeversorger nicht, denn Wärme ist nicht über weitere Strecken
381 transportierbar. Dadurch sind die Marktmechanismen im Bereich der zentralen
382 Wärmeversorgung weitgehend außer Kraft gesetzt. Nur mit einer demokratisch
383 kontrollierten Wärmeversorgung in kommunaler Hand schützen wir die Bürger*innen
384 bestmöglich vor den Profitinteressen privater Unternehmen. Für viele kleinere
385 Stadtwerke wie auch für noch zu gründende kommunale Wärmeversorger sind die
386 hohen Investitionskosten zum Aufbau einer regenerativen Wärmeversorgung samt
387 Leitungsnetzen eine Herausforderung. Deshalb stehen wir auf der Bundesebene
388 dafür ein, die bisher hohen Förderquoten für das Planen und Aufbauen der
389 kommunalen Wärmenetze mindestens beizubehalten. Von Seiten des Landes wollen wir

390 die Investitionen kommunaler Energieversorger in eine neue Wärmeinfrastruktur im
391 Bedarfsfall mit Bürgschaften absichern. Für viele Kommunen ist es häufig schwer,
392 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, wenn sie zugleich massiv in
393 Klimaschutzmaßnahmen investieren. Wir treten in der Landesregierung dafür ein,
394 die Anforderungen des Landes an die Kommunen in diesen Fällen zu lockern. Dessen
395 ungeachtet gilt grundsätzlich: Zur Bewältigung der Investitionen in die
396 Transformation der Wärmeversorgung sind die niedersächsischen Kommunen bisher
397 finanziell nicht ausreichend ausgestattet. Das hat jüngst auch die Bertelsmann-
398 Stiftung in ihrem Kommunalreport festgestellt: „In vielen Kommunen
399 Niedersachsens sind die finanziellen Grundlagen der Nachhaltigkeits-
400 Transformation nicht gegeben“ heißt es dort. Deshalb treten wir dafür ein den
401 kommunalen Finanzausgleich für die niedersächsischen Kommunen in den kommenden
402 Jahre sukzessive mindestens auf den Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer
403 anzuheben – bisher liegt er um 7% oder rund 800 Mio. Euro jährlich darunter.
404 Darüber hinaus ist es erforderlich, die Investitionen insbesondere der kleineren
405 kommunalen Energieversorger in die kommunale Wärmeversorgung über
406 Landesbürgschaften abzusichern, auch dafür treten wir GRÜNEN in Niedersachsen
407 ein.

408 Kerntechnologie der Wärmewende in Niedersachsen ist Geothermie

409 Neben der Abwärme aus industriellen Prozessen, aus Rechenzentren, aus
410 Hauptleitungen der kommunalen Kanalisation und aus Kläranlagen steht als
411 effiziente Wärmequelle für die zentrale Wärmeversorgung in allererster Linie die
412 Geothermie zur Verfügung. Laut des Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie
413 sind die Potenziale für oberflächennahe Geothermie an fast jedem Standort in
414 Niedersachsen vorhanden. Erdwärme liefert ab 15 Meter Tiefe konstant eine
415 Temperatur von etwa zehn Grad. Erdwärmekollektor- und Erdwärmesondensysteme sind
416 in Niedersachsen fast überall einsetzbar. In Verbindung mit der Wärmepumpe
417 erreichen wir eine sehr effiziente, günstige und nachhaltige Wärme. Gleichzeitig
418 entlasten wir die Niederspannungsnetze und sparen viele Investitionen für den
419 Ausbau der Stromnetze. Ein weiterer Vorteil: Erdwärme ist nicht nur zum Heizen
420 sondern auch zum Kühlen einsetzbar. Die aufgrund der weltweiten Klimakrise stark
421 steigenden Temperaturen im Sommer, wird den Bedarf an Kühlung und Strom für
422 elektrische Klimaanlageanlagen auch bei uns in Deutschland steigen lassen. Deswegen
423 setzen sich die GRÜNEN in den niedersächsischen Kommunen dafür ein, die
424 Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und den Einsatz der oberflächennahen
425 Erdwärme zu fördern.

426 Genehmigungen vereinfachen

427 Insbesondere im Bereich des norddeutschen Beckens, das sich über große Teile
428 Niedersachsens erstreckt, sind die geologischen Ausgangsbedingungen günstig, um
429 die mitteltiefe Geothermie aus 400 bis 1.000 Metern Tiefe zu nutzen. Auch die
430 tiefe Geothermie unterhalb von 1.000 Metern ist grundsätzlich gut nutzbar.
431 Gleichwohl gibt es ein gewisses Fündigkeitsrisiko bei entsprechenden Vorhaben.
432 Wir GRÜNE stehen dafür ein – wie bereits von unserem Umweltminister Christian
433 Meyer in Bad Bevensen und Munster praktiziert – die Fündigkeitsrisiken
434 kommunaler Unternehmen bei geothermischen Bohrungen mit bei Erfolg rückzahlbaren
435 Klimaschutzmitteln abzusichern. Und wir unterstützen die Forderung der
436 Energieministerkonferenz nach einem revolvierenden Bundesfonds zur Absicherung
437 von Tiefengeothermieprojekten. Geothermische Bohrungen in den Untergrund
438 unterliegen zu Recht komplexen rechtlichen Anforderungen, um Schäden für die
439 Umwelt möglichst auszuschließen. Gleichwohl sind für die Planung von

440 geothermischen Bohrungen diese rechtlichen Vorgaben ein erhebliches
441 Planungshemmnis, zeitlich und administrativ. Diese Hemmnisse wollen wir mit den
442 Instrumenten der Raumordnung aus dem Weg schaffen, indem wir zum Beispiel
443 Eignungsgebiete für die mitteltiefe und die tiefe Geothermie im
444 Landesraumordnungsprogramm ausweisen. Aber auch Anlagen, die regenerative Wärme
445 fördern, erzeugen oder speichern, wollen wir im bauplanungsrechtlichen
446 Außenbereich privilegieren – also die Planung und Umsetzung schneller und
447 einfacher ermöglichen. Das gleiche gilt für den Innenbereich: Wir müssen
448 Bürokratie abbauen, wenn wir Klimaschutzmaßnahmen unterstützen wollen.

449 Für eine kommunale Energie-Infrastrukturplanung
450 Wir schaffen Verlässlichkeit für die Bürger*innen und schützen
451 Erdgasverbraucher*innen vor massiven Kostensteigerungen. Das GEG sieht vor, dass
452 ab 2045 kein Erdgas und kein Öl mehr zu Heizungszwecken verbrannt werden darf.
453 Damit wird das Erdgas-Verteilernetz weitestgehend bereits in gut 20 Jahren
454 überflüssig. Verläuft der Ausstieg aus dem kommunalen Erdgas-Verteilernetz
455 ungeplant, werden vor allem die letzten Erdgasverbraucher*innen mit hohen
456 Netzkosten belastet, da die weitestgehend verbrauchsunabhängigen Kosten des
457 bestehenden Netzes auf immer weniger Verbraucher*innen verteilt werden müssen.
458 Deshalb gehen wir GRÜNE in den Kommunen die Planung des Ausstiegs aus dem
459 Erdgasnetz schon jetzt an. Wir treten dafür ein, die Planung des Ausstiegs aus
460 dem Erdgasnetz in eine kommunale Energie-Verteilstrategie einzubetten. Sie
461 sollte sowohl Infrastruktur zur Verteilung von Wärme als auch die Stromleitungen
462 in den Blick nehmen. Denn auch die Stromleitungen müssen ausgebaut werden, wenn
463 in einem Siedlungsbereich als Ergebnis der Wärmeplanung viele neue Wärmepumpen
464 installiert werden müssen. Wir begrüßen die Bemühungen der kommunalen
465 Gasnetzbetreiber, die neue Geschäftsmodelle für den Betrieb neuer kalter
466 Nahwärme-Netze erstellen. Viele Industriebetriebe werden künftig neben Strom
467 auch auf Wasserstoff angewiesen sein. Wir setzen uns dafür ein, dass hier
468 vorrausschauend zu planen. Wir benötigen ein flächendeckendes leistungsfähiges
469 Stromnetz und Wasserstoffanschlüsse in allen Regionen. Abgehängte Räume dürfen
470 im Rahmen der ökologischen Transformation nicht entstehen.
471 Die Bürger*innen wie auch die Wirtschaft müssen sich darauf verlassen können,
472 dass die Energie-Leitungsinfrastruktur nicht zum Hemmnis oder zur Kostenfalle
473 ihrer früheren und künftigen Investitionsentscheidungen wird. Dafür stehen wir
474 GRÜNE!

475 GRÜN wirkt
476 Wir GRÜNEN haben im Bund und im Land in den letzten Monaten viel erreicht: Wir
477 haben nach Putins verabscheuenswürdigem Überfall auf die Ukraine die real
478 drohende Energiekrise mit all ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen
479 abgewendet. Wir haben mit zahlreichen Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen dafür
480 gesorgt, zumindest die gravierendsten Folgen der massiven Preissteigerungen für
481 Energie abzufedern. Und wir haben im Bund wie im Land die ersten notwendigen
482 gesetzlichen Änderungen und Fördermaßnahmen zum Gelingen des erforderlichen
483 Transformationsprozesse auf den Weg gebracht. Auch wenn in kurzer Zeit schon
484 vieles erreicht ist: Es liegt noch viel Arbeit vor uns – allen voran in den
485 Landkreisen, Städten und Gemeinden. Dass die Transformation unserer
486 Energieversorgung gelingt, dass wir die zum Überleben der Menschheit auf unserem
487 Planeten verbindlich geregelten Klimaziele einhalten und dabei für einen
488 sozialen Ausgleich sorgen, dafür stehen nur wir GRÜNEN: In Europa, im Bund, in
489 Niedersachsen und in unseren Städten und Dörfern. GRÜN wirkt weiter!